

## Ja zur Familieninitiative der SVP

Ob das traditionelle oder moderne Familienmodell gelebt wird, soll jede Familie selber entscheiden können. Dafür soll aber für alle das gleiche Steuermodell gelten – sprich: auch die Eigenbetreuung soll durch einen Steuerabzug unterstützt werden. Die Familieninitiative, über die wir am 24. November abstimmen, will genau diese steuerliche Gerechtigkeit herstellen.

Aufgescheucht von einigen guten Umfragewerten kommen nun die Gegner aus den Büschen direkt in den Blätterwald. Den einen passt der Absender der Initiative nicht und die anderen flüchten sich in zuweilen hilflose Argumente. So sprechen die Gegner im Zusammenhang mit der Initiative von einer «Herdprämie» oder bezeichnen diese gar noch als «bireweich». Sie zeigen damit ihre abschätzigste, wenn nicht diskriminierende Haltung gegenüber all den Frauen und Männern, die für ihre Kinder zu Hause bleiben.

Weiter ist es für staatsgläubige Politiker unverständlich, dass eine Hausfrau, mit gesundem Menschenverstand, ihre Kinder gleich gut, wenn nicht besser, erziehen und betreuen kann als vom Staat finanzierte Krippenfunktionäre.

Als Hauptargument gegen die Familieninitiative werden nun mögliche Mindereinnahmen bei den Steuern prophezeit. Bei der Einführung des Abzugs für die externe Betreuung nahmen die gleichen Parteien den

Ausfall von Steuergeldern ohne Wenn und Aber in Kauf. Es sind weiter die gleichen «bireweichen» Politiker, die in Bern schon die Forderung gestellt haben, den Steuerabzug für externe Betreuung in der Höhe von heute 10 000 Franken auf satte 24 000 Franken zu erhöhen.

In der Argumentation zu diesem Vorstoss wurde jedoch mit keinem Wort auf den Ausfall von Steuereinnahmen hingewiesen. Komplett ausgeblendet wird bei der ganzen Argumentation der Gegner, dass die Eigenbetreuung dem Staat auch sehr viel Geld erspart. So hat zum Beispiel die Stadt Zürich im letzten Jahr stattliche 160 Millionen Franken für die staatliche Familienbetreuung ausgegeben. Das sind Kosten, die von allen Steuerzahlern in der Schweiz getragen werden müssen, unter anderem auch von den hunderttausenden von Familien, die ihre Kinder selber betreuen. Das ist nicht nur eine grobe Ungerechtigkeit, sondern gleichzeitig auch eine unglaubliche Geringschätzung der heutzutage selbst betreuenden Mütter und Väter.

Die Initiative verlangt, dass auch Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, einen mindestens gleich hohen Steuerabzug geltend machen können wie solche, die ihre Kinder in Krippen geben. Wie hoch dieser Abzug sein soll, ob dies 0, 5000 oder 10 000 Franken sind, liegt in den Händen der Kantone. Hauptsache der Abzug ist für alle gleich. Stimmen Sie der Familieninitiative deshalb am 24. November zu.

*Mirco Rossi, SVP-Kantonsrat,  
Sevelen*